

Inhalt.

Die österreichische Note.

Deutschland. Frankfurt (Zur Statistik der Reichsversammlung). Wien (Reichstagswahlen. Das Ministerium. Die Stimmung. Waffenkunde und betreffende Bekanntmachung. Der Kaiser in Olmütz. Officielles). Danzig (Ein Bescheid des auswärtigen Ministeriums an die Kaufmannschaft). Düsseldorf (Wahlen. Commandant v. Drigalski hat seine Entlassung erhalten). Koblenz (Wahlen. Ein deutscher Seeroffizier). Ansbach (Die Generalsynode). Karlsruhe (Die zweite Kammer über die Papier- und Anlehensfrage). Schleswig (Adresse der Landesversammlung an den Reichsoberweser. Öffentliche Stimmung. Dänische Emende auf Alsen). Lübeck (Ein Schreiben des Handelsministers Dückwig an die Kaufmannschaft).

Italien. Rom (Tagesnachrichten).

Frankreich. Paris (Marquis Normanby als englischer Gesandter accreditirt. Kriegsgerechtes Urtheil über die Vorfälle des General Brea. Congress in Gaeta. Nationalversammlung).

Großbritannien. London (Papier soll Oberbefehlshaber von Indien werden. Bulwer zum Gesandten in Washington ernannt. Parlament).

Nachschrift.

Börsenberichte.

Die österreichische Note.

Wir haben die österreichische Note vom 4. d. M. gelesen und wieder gelesen und uns fragen müssen, welches der eigentliche Sinn derselben sei. Volkstommen klar ist uns dabei geworden, was Oesterreich nicht will. Wir stellen dies in folgenden Sätzen zusammen:

1) Oesterreich hält an dem Grundsatz der Vereinbarung zwischen den Fürsten und dem Volke fest, und steht bis zur Vollendung der neuen Verfassung auf diesem Wege der Nationalversammlung keinerlei gesetzgebende Gewalt zu.

2) Die provisorische Centralgewalt ist auf der Grundlage des alten Bundes lediglich als vollziehende Behörde anerkannt, und es ruht somit die gesetzgebende Gewalt Deutschlands vollständig bis zum Zustandekommen der neuen Verfassung.

3) Die Nothwendigkeit einer engeren Vereinigung Deutschlands wird anerkannt und dabei ausgesprochen, daß die kaiserliche Regierung, weit entfernt, sich auszuschließen, zur ernstlichen und aufrichtigen Mitwirkung bereit sei, vorausgesetzt, daß es sich um Einigung, nicht um gänzliche Verschmelzung der bestehenden Verhältnisse handle; um Wahrung der verschiedenen lebenskräftigen organischen Glieder Deutschlands und nicht um deren Aufhebung und Vernichtung. Oesterreich will somit keinen unitarischen Staat, der für dasselbe nicht ausführbar und für Deutschland nicht wünschenswerth sei. Das, was aber von der Nationalversammlung bezweckt werde, sei nichts anderes als ein unitarischer Staat. Hierdurch wird der Stab über das ganze Verfassungswerk und insbesondere über das v. Gagernsche Programm gebrochen. Oesterreich verwirft die Bildung eines engern und eines weitem Vereins.

4) Oesterreich erklärt sich auf das Bestimmteste gegen eine Unterordnung Sr. Maj. des Kaisers unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt.

5) Oesterreich will keine Vereinbarung mit der Nationalversammlung, sondern nur eine Vereinbarung mit den Fürsten über die ihnen von der Nationalversammlung vorzulegende Verfassung, die somit als ein Entwurf, oder ein von Notabeln abzugebendes Gutachten zu betrachten wäre, hofft aber, daß unter den Fürsten eine nach allen Seiten hin befriedigende Verständigung zu erzielen sein werde, und hat sich zu dem Behuf zunächst mit den königlichen Höfen in Verbindung gesetzt.

Das, was Oesterreich positiv anstrebt, läßt sich vielleicht folgendermaßen formuliren:

1) Es ist nur eine Revision, nicht aber eine Neugestaltung der alten deutschen Bundesverhältnisse gestattet. Bei dieser Revision schwebt der kaiserlichen Regierung ein nach Außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies, organisch gegliedertes und doch in sich einigtes Deutschland vor. — Diese Gliederung soll wohl in der Bildung von Reichstheilen bestehen, an deren Spitze die königlichen Regierungen zu stellen wären. — Dadurch würde die Aussicht eröffnet, daß, weit entfernt Oesterreich von dem engeren Bunde auszuschließen, dasselbe mit allen seinen seither nicht zu Deutschland gehörigen Staaten dem Bunde beitreten könnte.

2) Die neue Bundesverfassung muß nur ganz bestimmte und keine dehnbaren Vorschriften enthalten, indem nur dadurch dem Vordringen der Sonderinteressen vorgebeugt werden könne.

3) Ein stufenweiser Gang, der beginnt mit dem aufrichtigen Willen, sich anzunähern, und allmählig übergeht zum wirklichen engen Verbande, gehört nicht in das Reich der Träume.

Demnach würde in der neuen Verfassung das Princip der freien Vereinbarung für alle Gegenstände festzuhalten sein, die nicht streng genommen zu Erfüllung der höchsten Bundeszwecke gehören. Die letzteren würden aber wohl in der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Unabhängigkeit der einzelnen Bundesglieder zu suchen sein, und es ist daher die Frage erlaubt, ob in dem von Oesterreich erstrebten engeren Verbande nicht eben wieder der Keim zu engeren Vereinen gelegt sei, freilich mit dem wesentlichen Unterschiede, daß diese nicht organisch begründet werden und

daher der Erreichung ihrer Zwecke niemals gewiß sein können.

Die österreichische Regierung drückt den Wunsch aus, daß ihre Eröffnung in- und außerhalb der Paulskirche günstige Aufnahme finden und jedenfalls die Aufrichtigkeit und Bereitwilligkeit Oesterreichs in vollem Maße gewürdigt werde. Dieser Wunsch hätte gewiß auf volle Erfüllung zu rechnen, wenn die österreichische Regierung das, was sie will, in bestimmten und klar ausgesprochenen Sätzen dargelegt hätte. Aber es schmerzt uns, sagen zu müssen, daß mit allgemeinen Sätzen, Ausflüchten und Hoffnungen der täglich wachsenden Noth Deutschlands nicht abgeholfen werden kann. Was wir bedürfen, ist die schnelle Herstellung eines gesetzlichen Zustandes in Deutschland. Wenn die gesetzgebende Gewalt der Gesamtheit noch länger ruhen soll, so müssen sich alle Bande der Gesellschaft lösen, und man wird mit den schönsten Worten nichts als die Anarchie begründet haben. Deshalb wird die Centralgewalt wohl darauf Bedacht nehmen müssen, daß sie das Feld der Abstractionen und Principien verläßt, und nur positive Vorschläge in's Auge faßt, diese aber mit voller Unparteilichkeit und möglicher Selbstverleugnung würdigt. Nur über solche Vorschläge wird man sich erklären können, und selbst die Nationalversammlung wird mehr auf das Resultat als auf die Form sehen, dessen sind wir von ihrem Patriotismus versichert. Die Centralgewalt möge daher immerhin die Verhandlungen mit den Bevollmächtigten sine ira et studio eröffnen, und dieselben ohne Zeitverlust zu irgend einem Schlusse führen.

Deutschland.

Rr. Frankfurt, 9. Febr. Nach dem neu vertheilten Verzeichnisse der Abgeordneten bei der Nationalversammlung sind im Ganzen 176 Abgeordnete ausgeschieden. 28 Sige, darunter 15 aus Oesterreich, sind nicht wieder besetzt. Mehrere Sige haben ihre Inhaber mehrmals gewechselt. So folgten Haug, Dieringer, Frings und Temme auf einander, ebenso Glück, Stöcker und Lammers, ferner Seblag, v. Platen und v. Böttcher.

Frankfurt, 10. Febr. Das „Reichsgesetzblatt“ enthält in seiner heute ausgegebenen Nr. 11 1) eine Verordnung, betreffend die Ermäßigung der Zulagen bei Festungsbauten u. in den Reichsfestungen; 2) eine Verordnung, betreffend die Einziehung des Ertrags aus den Gräfereien der Festungswerke u. in den Reichsfestungen zur Festungsdotirungssasse.

Wien, 6. Febr. In Ermangelung anderer Neuigkeiten ist das Tagesinteresse von der für morgen ausgeschriebenen Wahl eines Reichstagsabgeordneten nach Kremsier am meisten in Anspruch genommen. Baron Kübeck und Fürst Schwarzenberg haben die meisten Aussichten, während die meisten andern Candidaten, die gestern genannt wurden, zurückgetreten sind. Die Spannung zwischen dem Reichstag in Kremsier und dem Cabinet in Olmütz dauert fort, und dieses Verhältnis tritt vielleicht in eine neue Phase, wenn wahr ist, was mehrseitig behauptet wird, daß nämlich in dem Cabinet selbst Spaltungen eingetreten seien. — Die Stimmung ist hier stetsfort eine gedrückte und schwüle, einerseits durch die Strenge der Militärherrschaft, andererseits durch die fortgesetzten Meutereien gegen Soldaten in und außer dem Dienst; man ist hier allgemein des Glaubens, daß eine geheime Verbindung bestehe, welche für den kriegsrechtlich Verurtheilten ein Sühnopfer aus den Reihen des Militärs fordere. Dies muß Erbitterung hervorrufen und die Wachsamkeit der Behörden schärfen. Verborgene Waffenvorräthe sollen da und dort bei Hausdurchsuchungen aufgefunden worden sein. Wenn es wahr ist, werden wir es durch die „Wien. Ztg.“ erfahren, die heute erst amtlich verkündigt und zwar „andern Leichtsinrigen oder Böswilligen zur ersten Warnung“, daß der Kaufmann Peregrin Christ und die Betheligen Anton Rist, Joseph Mitschik und Franz Pfeiferer der kriegsrechtlichen Untersuchung übergeben worden sind, weil man bei einer um Mitternacht vorgenommenen Durchsuchung der Wohnung derselben in Floridsdorf ein complettes Feuergewehr, ein Percussionschloß, 3 Säbel, eine Säbels Klinge, mehrere Gewehrbestandtheile und Pulver und Blei vorgefunden habe.

Der Kaiser besucht in Olmütz täglich das Theater auf eine Stunde. Der Komiker Beckmann ist dort anwesend und wird auf den ausdrücklichen Wunsch des Kaisers in dem Stück „der Better“ von Benedix auftreten. Auch die Künstlerinnen Haizinger und Neumann sind wieder nach Olmütz berufen und es sollen dreimal in der Woche Stücke mit Besetzung vom Burgtheater stattfinden. — Officiell wird den in mehreren Blättern enthaltenen Behauptungen widersprochen, die Beamten größerer Städte seien aufgefordert worden, mit Offiziersrang in die neu zu errichtenden 6 Bataillons einzutreten, und der Meldung, daß die Eröffnung der philosophischen und juristischen Studien neuerdings hinausgeschoben worden sei; im Gegentheil ständen die Lehrsäle in Bereitschaft. (Doch fehlten, wie es schien, noch die Studenten.)

Danzig, 4. Febr. Von der hiesigen Kaufmannschaft wurde vor einigen Tagen bei dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine Vorstellung wegen des zu beforghenden Wiederausbruchs der Feindseligkeiten mit Dänemark eingereicht. Der darauf ergangene Bescheid lautet folgendermaßen:

„Auf Ihre Vorstellung vom 4. d. M., die Friedensunterhandlungen mit Dänemark betreffend, nehme ich keinen Anstand, Ihnen zu erwidern, daß die königliche Regierung nach Kräften bemüht sein wird, ungeachtet der Schwierigkeiten, welche einer befriedigenden Lösung der mit Dänemark obwaltenden Umstände entgegenstehen, dieselbe zur definitiven Erledigung zu bringen. Jedemfalls werden die angestrengtesten Bemühungen der königlichen Regierung auf eine friedliche Ausgleichung gerichtet bleiben. Sollte dessentwegenachtet der entgegenge-setzte Fall eintreten, so dürfte der Art. 1 des mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes, wo nach dem Ablauf des letztern eine einmonatliche Kündigung vorbegehen muß, dem preussischen Handels- und Rhederstande ein geeignetes Mittel an die Hand geben, um sich wenigstens gegen etwaigen directen Schaden zu schützen. Berlin, den 1. Februar 1849.“

Düsseldorf, 7. Febr. Trotz des Ausfalls der Urwahlen im demokratischen Sinn ist die vorgestrige in Elberfeld vollzogene Abgeordnetenwahl ein gegentheiltiger gewesen: die Gewählten, ein Arbeiter, ein Commis, der Minister v. v. Heydt und der hiesige Advocat Scherer, der die radicale Farbe, die er im Vorparlament verfolgt, abgelegt hat, sind conservativ. Wesendonk hatte keine Aussicht hier und trat deshalb als Candidat zurück. Widenmann hat die ihm angebotene Candidatur für die erste Kammer abgelehnt. Als Candidaten werden genannt Prinz Friedrich, der Fürst Solms-Hohensolms-Lich und der Staatsprocurator v. Ammon. — Der Generalleutnant und Commandeur der 14. Militärdivision, der Urheber des Belagerungszustandes, v. Drigalsky, hat heute seine Entlassung erhalten. Sein Nachfolger ist noch nicht bekannt.

Koblenz, 9. Febr. Der zum Abgeordneten für die zweite Kammer vom hiesigen Wahlbezirke gewählte Friedensrichter Grebel von St. Goar ist gleichzeitig im Wahlbezirke Kempen am Niederrhein gewählt worden und wird unter Beibehaltung der letztern Wahl sein Mandat für Koblenz zurückgeben, indem hier an seiner Stelle abermals nur ein Candidat der Demokraten gewählt werden wird; man nennt als solchen den Justizamtsassessor Plüms zu Altenkirchen, früheren Vicepräsidenten der aufgelösten Nationalversammlung. Gestern haben wir hier auf der Durchreise nach Hamburg einen Offizier unserer deutschen Marine. Es ist dieses Kapitän Behrens, welcher den Befehl über die Fregatte „Germania“ erhalten hat. Er war in Seebienste bei den Holländern, wo er es bis zum Unterseemann gebracht hatte. Im Begriff zum Offizier ernannt zu werden, erhielt er Gelegenheit dem Vaterlande seine Dienste anbieten zu können und wurde mit dem Befehl über die Germania betraut. Nachdem er nun in Frankfurt den Eid geleistet, begibt er sich zum Antritt seines Postens nach Hamburg. Seine Uniform war einfach, blaue Posenleider, blauer Civilfrack mit gelben Knöpfen, worauf der Reichsadler, und einer goldenen Contreepaulette, sodann dreieckiger Hut mit deutscher Cocarde.

Ansbach, 5. Febr. Nachdem die Generalsynode heute den Vortrag des Verfassungsausschusses über die künftige Stellung unserer Kirche zu Kirchengewalt und Regiment, so wie deren Vertretung vernommen hatte, in welchem vielfach darauf hingewiesen worden, wie es sich von selbst verziehe, daß die Kirchenbehörde und Generalsynode nur auf dem kirchlichen Bekenntnisse stehen könne, erhob sich der Abgeordnete Regierungsassessor Dr. Bucher und drückte seine Anerkennung darüber aus, daß der Bau der neuen Verfassung nur auf dem Grund des Bekenntnisses erfolgen solle, womit er zugleich den frühern Manifestationen dieses in der Generalsynode herrschenden Sinnes einen neuen Stempel aufzuprägen auforderte in der Erklärung, daß Alle sammt und sonders auf dem evangelisch-lutherischen Bekenntnis stehen und nur auf diesen Grund bauen wollen. Freudig erhob sich wie ein Mann die ganze Generalsynode, um sich mit Acclamation dieser Erklärung anzuschließen, mit der sich von selbst verstehende Ausnahme dreier reformirter Mitglieder, so dann mit Ausnahme von sechs bis acht anderen Mitgliedern meist weltlichen Standes, welche biegen einen Protest aussprachen, da verfassungsmäßig in Bayern nur eine evangelisch-protestantische, nicht aber eine lutherische Kirche bestehe und da in Rücksicht auf die mit der Kirche verbundenen Reformirten nur von einer protestantischen Kirche die Rede sein könne. Diese Einwürfe wurden theils aus der Verfassungs-urkunde selbst widerlegt, da in solcher von zwei protestantischen Kirchen die Rede sei, unter denen nur die lutherische und die reformirte zu verstehen seien, dann, daß ein evangelisch-protestantisches Bekenntnis ein non ens sei, indem es nur ein Bekenntnis der lutherischen und das der reformirten Kirche gebe. Wie wir vernahmen, haben diese Dissentirenden einen schriftlichen Protest einzureichen sich entschlossen. Die Reformirten aber, welche schon früher eine Eingabe wegen selbstständiger Gestaltung ihres Kirchenwesens eingereicht haben, sprachen in der Person ihres geistlichen Abgeordneten ihre volle Zustimmung zu jener Erklärung in dem Sinne aus, daß auch sie in Bezug auf ihr Bekenntnis und ihre Kirchenverfassung gleichen Standpunkt festhalten. (N. C.)

Karlsruhe, 8. Febr. In der gestrigen und heutigen Sitzung der 2. Kammer kam der Commissionsbericht über den Gesetzentwurf, die Ausgabe von 2 Millionen Papiergeld, verbunden mit der Aufnahme eines Zwangsanlehens von 700,000 fl. zu dessen Deckung betreffend, zur Verathung. Nach längerer Debatte wurde der erste Artikel dieses Gesetzes in folgender Fassung angenommen: Die großherzogliche Regierung ist ermächtigt, für zwei Millionen Gulden Papiergeld, und zwar 500,000 Stücke zu 2 fl., 65,000 St.

zu 10 fl. und 10,000 St. zu 35 fl. (oder 20 Thalern) auszugeben. Der zweite Artikel wurde in folgender Weise gefasst: Bei allen Zahlungen an die Staatskassen wird dieses Papiergeld im vollen Nennwerthe, gleich dem im Landesmünzfuße geprägten groben Silbergelde, angenommen. Alle Staatssteuern, die Zölle ausgenommen, sind, wenn ihr Betrag nicht unter 4 fl. steht, mindestens zu einem Viertel in Papiergeld zu entrichten. Der Zeitpunkt, wo ein solcher Zwang in Wirksamkeit tritt, wird durch eine Verfügung des Finanzministeriums festgesetzt. Letzteres kann dieses Gebot je nach Umständen beschränken, aufheben und wieder in Wirksamkeit setzen. Art. 3. In Karlsruhe wird eine Einlösungskasse errichtet, welche das Papiergeld auf Sicht gegen grobe Silbermünzen umwechselt. Zur Erfüllung dieser Aufgabe erhält die Einlösungskasse 700,000 fl. in grobem Silbergelde, welche ihr weder ganz, noch theilweise zu einem anderen Zwecke entzogen werden dürfen. Jeweils, wenn der Vorrath der Einlösungskasse unter 100,000 fl. herabsinkt, hat die Generalkassakasse denselben auf den Betrag von mindestens 300,000 fl. zu ergänzen. Art. 4. Form und Kennzeichen des Papiergelds werden seiner Zeit vom Finanzministerium bekannt gemacht werden. Art. 5. Ersatz für vernichtetes Papiergeld kann an die Staatskasse nicht gefordert werden. Art. 6. Abgenutzte, zerstückelte oder sonst beschädigte Papiergeldstücke werden nur dann gegen klingende Münze oder gegen anderes Papiergeld umgewechselt, wenn die Echtheit und der Werthsbetrag unzweifelhaft zu erkennen sind und die Ueberzeugung erlangt wird, daß kein Mißbrauch mit den fehlenden Stücken geschehen kann. Art. 7. Sperrbefehle gegen die Einlösung badischen Papiergeldes sind unstatthaft. Art. 8. Die badische Post befördert das badische Papiergeld um die Hälfte der Taxe für das Metallgeld, jedoch darf diese Ermäßigung die Taxe nicht unter 6 fr. herabsetzen. Art. 9. Die §§ 522 bis und mit 532 des Strafgesetzes vom 6. März 1845 treten sofort in Kraft.

Schleswig. 6. Febr. Die Stimmung in Schleswig-Holstein wird immer entschiedener. Der ruhige Sinn dieses deutschen Volkstammes fühlt sich in seinem heiligsten Rechte verletzt und die Abneigung gegen Dänemark wächst von Stunde zu Stunde. Es dürfte keine Macht im Stande sein, weder die Herzogthümer zu trennen, noch Holstein von dem deutschen Bundesstaat loszureißen. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung nahm der Präsident wiederum zahlreiche Deputationen, welche 38 Adressen, mit Tausenden von Unterschriften bebedt, überreichten, entgegen. Die Deputationen waren meistens aus Holstein, theils auch aus Schleswig. Sie bezogen sich auf die Friedensbasis, auf kräftigste Rüstung, so wie auf die preussische Circularnote. Sie dankten für die von der Landesversammlung eingenommene Haltung und erklärten sich zu allen Leistungen erbötig.

In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde von dem wegen der preussischen Circularnote niedergelegten Ausschuss ein neuer Entwurf zu einer Adresse an den Reichsverweser vorgelegt und von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Adresse lautet:

„Durchlauchtiger Erzherzog-Reichsverweser! Wenige Tage sind verfloßen, seit die schleswig-holsteinische Landesversammlung sich gedungen sah, Ew. kaiserl. Hoheit die Gründe vorzutragen, welche ein Eingehen auf einen dem Recht der Herzogthümer auf unzertrennliche Verbindung widersprechenden Friedensvorschlag dringend widerathen. Bereits in dieser Eingabe haben wir unsere einstimmige Ueberzeugung niedergelegt, daß an eine Lockerung des Verhältnisses, in welchem Holstein zum deutschen Reiche steht, nicht nur und unter keinen Umständen gedacht werden darf. Gleichwohl hat ein Gedanke, den wir als entfernte Möglichkeit schon abweisen zu müssen glaubten, in diesen Tagen unsere ernüchterte Erwägung hervorgerufen, da wir denselben in einem von der preuss. Regierung veröffentlichten Plane über die Fortentwicklung der staatlichen Gestaltung Deutschlands angedeutet zu sehen glauben. In der Circularnote des kaiserl. preuss. Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten vom 23. Jan. d. J. findet sich folgender Passus: „Es würde aber daraus noch nicht der Schluss zu ziehen sein, daß Deutschland ausschließlich zu den wesentlichen Grundlagen des Staatenbundes zurückkehren, und daß der mit Begeisterung erfaßte Plan einer bundesstaatlichen Verbindung gänzlich verlassen werden müsse. Vielmehr wird sowohl die Aufrechterhaltung und Entwicklung des deutschen Bundes — Oesterreich so wie das deutsche Gebiet der Niederlande und Dänemarks eingeschlossen — als die Erhaltung der dem österr. Reichthum gebührenden Stellung in Deutschland vollkommen vereinbar sein mit dem Zusammenritt der übrigen deutschen Staaten zu einem engeren Vereine, zu einem Bundesstaate, innerhalb des Bundes.“ Wir können es an dieser Stelle unerörtert lassen, mit welchem Rechte auch nur ein Theil der Herzogthümer Schleswig-Holstein als „Gebiet Dänemarks“ bezeichnet werden konnte, eine Benennung, die eben so sehr der staatsrechtlichen Stellung dieser Lande widerspricht, als sie unvereinbar ist mit früheren Aussprüchen derselben Macht, die uns in dem Kampfe für unsere heiligsten Rechte die kräftigste Stütze gewesen ist. Wir verkennen es ebenfalls nicht, daß die angeführten Worte der preussischen Circularnote verschiedene Deutungen zulassen und daß das richtige Verhältniß der beiden nicht unzweifelhaft vorliegt. Aber die überwiegende Bedeutung, welche dem von der ersten rein deutschen Macht veröffentlichten Plane beigelegt werden muß, legt uns die Verpflichtung auf, die ungewöhnliche Versicherung zu erneuern, daß Holsteins Recht auf Theilnahme an dem deutschen Bundesstaate nun und nimmermehr aufgegeben werden kann, und daß jeder Plan, welcher dahin gerichtet wäre, Holstein in ein minder inniges Verhältniß zum übrigen Deutschland zu stellen, auf den entschiedensten und allgemeinsten Widerstand in unserm Lande stoßen würde. Wir schließen, indem wir Ew. kaiserlichen Hoheit von Neuem unser unwandelbares Vertrauen aussprechen, daß es gelingen werde, das Recht Holsteins auf Theilnahme an dem deutschen Bundesstaate eben so sehr, als das Recht beider Herzogthümer auf unauf löbliche Verbindung mit einander durch den Frieden mit Dänemark definitiv sicher zu stellen.“

Der Zustand auf Allen ist entsetzlich. Vorgestern lodten durch sechs Schüsse die Dänen die Jäger des Herzogs von Augustenburg aus ihrer Wohnung. Kaum war der eine aus der Thüre getreten, als er mit einer Kugel niedergestreckt ward. — Die Landesversammlung setzt unausgesetzt die Verhandlungen über das Budget fort. Heute wird das Kriegsbudget bei geheimer Sitzung beraten.

Lübeck. 4. Febr. Der Reichsminister Duden hat auf die ihm gewordene Zusendung eines Exemplars der jüngst erschienenen Schrift über Lübecks nordischen Handel sich in einem vom 25. Jan. d. J. datirten Antwortschreiben dahin geäußert: „Wie er nicht daran zweifle, daß es gelingen werde, solche Formen für die Zollabfertigung festzustellen,

daß dadurch neben der nöthigen Sicherstellung des Zollinteresses dennoch die für das überseeische Exportgeschäft Lübecks erforderliche Freiheit in Behandlung und Versendung der Waaren gewahrt bleibe. Das Institut der Freilager werde hierzu allerdings das sicherste Mittel an die Hand geben.“

Italien.

Rom. 1. Febr. Der „Monitore Romano“ ohne päpstliches Wappen, welches die „Gazzetta di Roma“ noch zeigte, beginnt mit einer Anklagsacte gegen General Zucchi auf Vaterlandsverrath. Zamboni soll zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt sein, da ein Gesetz hindere, ihn wegen seines hohen Alters zu erschießen. Bei den Soldaten, die ihn befreien wollten, findet dieses keine Anwendung. Doch hat man zwei, die pro forma zum Tode verurtheilt sind, dennoch begnadigt, sowie die Strafe der übrigen verhältnismäßig gemildert. So glaubt man die Aufregung zu vermeiden, die ein blutiges Urtheil erregen würde. Zum Schutze der Regierung rückte gestern ein Regiment Freiwilliger, aus Venedig kommend, hier ein. Ein belobender Tagsbefehl des Kriegsministers, sowie eine Antwort der sauberen Bande war schon vor ihrer Ankunft an allen Ecken zu lesen. Sie sollen jetzt verstärkt werden. Die Hauptneuigkeit des Tags ist die Ordre, welche General Latour in Bologna aus Gaeta erhalten hat, mit seinen Schweizern durch die Marken sich nach der neapolitanischen Grenze zu ziehen. Muzarelli wendet sich deshalb an die fremden Mächte wegen Verhinderung des Bürgerkriegs. Uebrigens soll Latour sich habe bewegen lassen, vorläufig noch zu bleiben; doch scheint man ihm hier nicht zu trauen. Stafetten und Couriere gehen und kommen. Einer derselben soll durch Vermittelung des noch hier wohnenden englischen Geschäftsträgers dem Papst ein Schreiben des Großherzogs von Toscana überbracht haben. Der toscanische Gesandte ist wieder hierher zurückgekehrt. Zu den Abgereisten gehört auch Fürst Corsini. Um ungehindert zu entkommen, soll er sich seines Bartes, seiner Perrücke, und der früher reichlich angewendeten Schmucke entäußert haben. — Das Papiergeld ist abermals um 600,000 Scudi vermehrt worden. Als Hypothek dienen die dem Staate schuldigen Summen für die Apanagegüter, die man schon im vorigen Sommer zu Fortsetzung des Krieges zu verpfänden beabsichtigte.

Frankreich.

Paris. 8. Febr. Wie der heutige „Moniteur“ meldet, hat Marquis Normanby gestern dem Präsidenten Bonaparte sein Accredito als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der Königin von Großbritannien und Irland überreicht.

In der verflossenen Nacht fällt das Kriegsgericht sein Urtheil über die der Ermordung des Generals Brea Angeklagten. Die fünf Hauptangeklagten: Dair, Mourrit, Lahr, Choppard und Bapreaux sind zum Tode, die Andern zu langwierigen Gefängnisstrafen verurtheilt worden. Sammtliche Angeklagten wurden gegen 1 Uhr Nachts in das Fort Vanves geschafft.

Die katholischen Mächte haben beschlossen, einen Congress in Gaeta in unmittelbarer Nähe des Papstes abzuhalten. Cardinal Dupont ist schon dahin abgereist.

Die Nationalversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung die Verabreichung über den ursprünglichen Ratau'schen Antrag beendet. Ihre Beschlussfassung in dieser Angelegenheit lautet jetzt: Art. I. Es wird sofort zur Debatte über das Wahlgesetz geschritten. Art. II. Nach Verkündung dieses Gesetzes wird die Bildung der Wahlkreise vorgenommen. Die Wahlen haben an einem demselben Tage in ganz Frankreich statt. Dieser Tag ist der erste Sonntag nach definitivem Schluß der Wahlkreise. Die gesetzgebende Versammlung tritt vierzehn Tage nach dem Wahltage zusammen. Art. III. Die Nationalversammlung vollendet, bevor sie auseinandergeht, die Gesetze über den Staatsrath über die Verantwortlichkeit des Präsidenten der Republik und der Minister und das Budget für 1849. Art. IV. Der Beschluß der Nationalversammlung verliert in allen Punkten seine Kraft, welche gegenwärtigem Decret entgegenstehen. Der ganze Antrag wurde mit 494 gegen 307 Stimmen angenommen. Hierauf schritt die Versammlung zur ersten Verabreichung des Wahlgesetzes.

Großbritannien.

London. 7. Febr. Nach der „Times“ soll der Oberbefehl in Indien, an Lord Gough's Stelle, dem jetzt in Nizza befindlichen Helden von Scinde, Sir Ch. Napier, angeboten werden. Dasselbe Blatt meldet, daß der frühere Gesandte in Madrid, Sir H. E. Bulwer, zum Nachfolger Pakenham's als Gesandter in Washington ernannt sei, indem Pakenham, seit lange in diplomatischen Diensten stehend, sich mit einer wohlverdienten Pension zurückziehen werde. Die „Times“ will auch wissen, daß die Zerwürfnisse mit Spanien, welche zur Einstellung der diplomatischen Verbindungen führten, einer freundschaftlichen Ausgleichung nahe seien.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses beehrte Herr Ankey die Erlaubnis zur Einbringung einer Bill für die fernere Aufhebung der noch gegen die Katholiken als solche in Kraft befindlichen Strafbestimmungen. Sir R. Inglis bekämpfte den Antrag, der, nachdem noch einige andere Redner, worunter der Minister des Innern gegen denselben, gesprochen hatten, mit 43 gegen 41 Stimmen verworfen ward.

Nachschrist.

Se. kaiserl. Hoh. der Erzherzog-Reichsverweser haben diese Nacht am ruhigsten zugebracht; zu mehreren Stunden ununterbrochen geschlafen; der Husten war wieder insistent; die abendliche Fieberreizung war gestern gering; der hohe Patient befindet sich heute am gefräftesten.

Frankfurt a. M., 11. Februar 1849.

Dr. Taubes, kaiserlicher Rath.

München. 9. Febr. Starke Patrouillen durchzogen gestern Abend die Stadt. Die Ultramontanen bieten Alles auf, um eine Entscheidung in den politischen Zuständen in ihrem Sinne herbeizuführen. Ein Geistlicher ging in den letzten Tagen von Haus zu Haus und bedrohte die Leute mit einem Zug von 50,000 bewaffneten Bauern aus Ober- und Niederbayern, falls man es leiden würde, daß die Republikaner, d. h. die Linke in der Kammer, die Oberhand behielte.

Sammtliche Minister haben, wie noch in der ersten Belage gemeldet worden, in Folge der gestrigen Abstimmung ihre Entlassung eingereicht. Der „Allgemeinen Zeitung“ zufolge spricht man bereits von einem Cabinet Hermann — Giech — Notenan, welchem noch einige Männer aus der Fraction des linken Centrums beigelegt würden. Hr. v. Verchenfeld wurde, wie man hört, beim gestrigen Hofball mit größter Auszeichnung behandelt. Viele, welche ihm seit seinem Rücktritt nicht eben nahe gestanden, drängten sich dort um ihn, wie um die neue Tagessonne. Alle Prinzessinnen ließen ihn zum Tanz auffordern. Indes ist wenig Hoffnung, den eben so ausgezeichneten, als lebenswürdigen Staatsmann für das neue Cabinet zu gewinnen.

N Darmstadt. 10. Febr. Beim Beginn der heutigen Sitzung beantwortete Oberauditeur Hoffmann im Auftrag des Kriegsministeriums eine desfallsige Intervallation des Abg. Lehne dahin, daß das Regimentscommando des zweiten Infanterieregiments dem Oberlieutenant Rosenbergh den Rath habe ertheilen lassen, Vereine, wie der sogenannte Märzverein, nicht zu besuchen, und hiermit sei das Kriegsministerium für jetzt einverstanden, da es vor der Hand ein directes Verbot noch für überflüssig halte. Direct verbiethend werde das Kriegsministerium aber einschreiten, wenn es der Dienst erfordern sollte. Mit Rücksicht auf eine frühere Interpellation bemerkt der Regierungskommissär, daß nunmehr aus Rücksichten der Disciplin den Soldaten dahier der Besuch mehrerer Wirthshäuser verboten worden sei. — Auf der Tagesordnung standen Anträge der Abgg. v. Steinherr und Glaubrecht, die Bestrebungen des Handelsvereins um Herabsetzung des Eingangsolls auf ausländische Weine betreffend. Die Kammer beschloß nach langer Discussion, an welcher sich besonders die Abgg. Namppeck, Glaubrecht — der unter allgemeiner Heiterkeit neben andern Gründen für seinen Antrag auch den anführt, daß Schleswig-Holstein dafür, daß wir ihm zur Vertheidigung seiner Freiheit unsere Söhne geschickt hätten, unseren deutschen Wein trinken könne — Wernher, Götz, Frank und der Regierungskommissär von Biegeleben theilnahmen, die Regierung zu ersuchen: bei der Centralgewalt dahin zu wirken, 1) daß in dem neuen deutschen Zolltarif die seitherige Eingangsabgabe von den ausländischen Weinen durchaus keinerlei Reduction erleide (mit 27 gegen 6 Stimmen); 2) daß alle Uebergangssteuern im Innern von Deutschland aufgehoben, und ein gleiches System der indirecten Besteuerung für Deutschland eingeführt werde (mit 26 gegen 7 Stimmen); 3) daß bei Entwerfung und Feststellung des Zolltarifs für Deutschland solche Ansätze in denselben aufgenommen werden, welche nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Industrie gehörigen Schutz gegen das Ausland bieten (einstimmig).

Börsenberichte.

Frankfurt. 10. Febr. Die Börse zeigte heute bei unlebtem Handel ohne besondern Grund eine etwas mattere Haltung und die Course der Fonds schlossen größtentheils minder fest als gestern. 5pCt. Metall. bleiben 75 3/4, 2 1/2 pCt. 39 1/2. Wiener Bankactien ohne Umsatz, 250 fl. Loose 87 1/2, 500 fl. Loose 127 1/2 pCt., Kurpfälzische 40 Rthlr. Loose 27 Rthlr., Badische 35 fl. Loose 28 1/2, Darmstädter 25 fl. Loose 25 fl., do. 50 fl. Loose 71 fl., Sardinische Loose 27 fl., Polnische 500 fl. Loose 74 1/2, Rthlr. Süddeutsche Obligationen preishaltend. Holländ. Integr. 49 1/2 pCt. Bon Eisenbahnen Friedr. = Wilh. = Nordbahn 37 1/2 Rthlr., Verbach 71 1/2 pCt., Köln = Minden 79 pCt., Taunus 232 fl. Wegen Ausbleiben der fälligen Madrider Post war das Geschäft in 3pCt. inländ. Span. beschränkt, und der Cours benannter Papiere auch etwas niedriger schließend, 2 1/2 a 2 1/4 pCt.

Wien. 6. Febr. 5pCt. Metall. 84 3/4. — 4pCt. 67. — 3pCt. —. — 2 1/2 pCt. 45. — Bankactien 1110. — 500 fl. Loose 143 1/2. — 250 fl. Loose 90. — Nordbahnactien 99 1/2. — Gloggnitzer 96 1/2. — Mailänder 67 1/2.

Bei geringem Umsatz in Fonds waren dieselben fest, Eisenbahnactien höher, Wechsel gesucht, wie auch Gold.

Berlin. 9. Febr. Staatsschuldsscheine 80 1/2 Br., Seehandlungsscheine 98 1/2 Br., Bankactien 90 1/2 Br. (ohne Divid.), Berlin-Hamb. 59 3/8 etw. bez., Köln-Minden 79 etw. bez., Friedr. = Wilh. = Nordb. 33 1/2 bis 38 bez., Rheinische 50 1/2 G., Thüringische 50 G., Russ. 4pCt. bei Stieglitz 37 bez., Poln. 500 fl. Loose 74 1/2 bez., ditto 300 fl. Loose 102 G., Neue Bad. Anleihe a 35 fl. 16 1/2 bez.

Bei merklicher Geschäftstillhe behaupteten sich die Course fest, und erfahren gegen gestern nur geringe Veränderung.

Amsterdam. 8. Febr. 4 pCt. Integr. 49 9/16, 5/8. — 3pCt. Schuld 58 5/8, 3/4. — 4pCt. 77 1/2, 7/8. — 3 1/2 pCt. do. 77 1/4. — 5pCt. Ard. 11 1/2, 3/4, 7/16, 1/2. — do. 2. 510. — Stücke 11 1/2, 9/16, 7/16. — 3pCt. inländ. a 6000 fl. 21 1/8, 7/16. — Coupons 7 3/4, 8 1/8. — Pass. Sch. 3 13/16, 15/16. 3pCt. Portug. 26 13/16, 11/16. — 5pCt. Metall. 73, 1/4. — 2 1/2 pCt. do. 38 3/4, 39.

Die Stimmung in unseren inländ. Fonds war heute aufs neue etwas angenehmer, in Integralen und 4pCt. zeigte der Handel viel Leben. Span. bleiben in steigender Bewegung; in allen Sorten war der Handel sehr animirt. Portug. bei geringem Umsatz beinahe unverändert. Oesterr. etwas mehr gesucht. Französische Fonds sehr gesucht; in den übrigen fremden Effecten nur sehr wenig gethan.

Paris. 8. Febr. Stand der Rente: 5pCt. 77 45. — 3pCt. 46. 45. — Neue 77. 20. — Bankactien 1750. — Neapol. 78. 10. — Neue 3pCt. 29. — Janere Schuld 213 3/8. — St. Germain-Eisenbahn 340. — Versailles, rechtes Ufer 140. — Linkes Ufer 127. 50. — Paris-Orleans 740. — Paris-Rouen 445. — Orleans-Bordeaux 392. 50. — Orleans-Nierson 265. — Rouen-Savre 247. 50. — Marseille-Avignon 176. 25. — Straßburg-Basel 85. — Nordbahn 398. 75. — Paris-Straßburg 335. — Römische Anlehen 67 1/4, 1/2.

Der Zusatz zu dem Janina'schen Amendement, erst noch das Budget zu votiren, hat einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen. In Folge dessen gingen die Course etwas herunter. Geschäft sehr lebhaft.

London. 6. Febr. 3pCt. Stocks 92 a 1/8. — 5pCt. Span. 16 1/2. — Neue 3pCt. —. — 4pCt. Portug. —. — 2 1/2 pCt. Holländ. 49 1/4.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. P. Masten.